



405 Soldaten wegen Vergewaltigung angeklagt

Die Staatsanwaltschaft in Mardin hat ein Verfahren gegen 64 Offiziere und 341 Soldaten eröffnet. Sie sollen in den Jahren 1993 und 1994 Sükran Esen vergewaltigt haben. Sükran Esen hatte auf einer Veranstaltung des Projektes „Rechtshilfe für Frauen, die in der Polizeihaft von staatlichen Sicherheitskräften vergewaltigt oder auf andere Weise sexuell misshandelt wurden“ im Jahre 1999 in Deutschland von ihrem Leid berichtet. Die Rechtsanwältin Eren Keskin erstattete Strafanzeige. Sie führte aus, dass ihre Mandantin im November 1993 für 7 Tage auf der Wache im Kreis Derik festgehalten wurde. Sie sei splitternaht ausgezogen worden und bei verbundenen Augen hätten die Soldaten sie der Bastonade unterworfen und sie sei zwei Mal, einmal mit einem Knüppel und einmal mit den Händen vergewaltigt worden. Im März und August 1994 sei sie zwei weitere Male festgenommen und von jemandem in der Uniform eines Oberleutnants, sowie einer zahlenmäßig nicht festzulegenden Zahl von Soldaten vergewaltigt worden. Während der Folter habe man ihr den Mund mit Salz vollgestopft. Die Ermittlungen endeten mit einer Entscheidung, kein Verfahren zu eröffnen. Der Einspruch beim Landgericht Mardin hatte Erfolg und es wurde ein Verfahren nach den §§ 416, 417 (Vergewaltigung) und 243 TSG (Folter) eröffnet. Die Anklage beruft sich auf die Aussagen der Zeugen Ahmet Gören, Süleyman Dölek, İsmet Yıldız, Seyho Gövsa, Seymus Basaran, Piro Yıldız, Bedri Ay, Hüseyin Çın und Mehmet Gören sowie Einlassungen von drei Angeklagten. Der Angeklagte F.Ö. sagte: „Zu der erwähnten Zeit wurde eine Terroristin der Gendarmerie in Bozok überstellt. Sie war 7 bis 8 Tage auf der Wache. Der Kommandant nahm sie an einen Ort mit, den ich nicht kenne.“ Das Verfahren wird am 10. Oktober vor dem Landgericht Mardin beginnen. (Quelle: *Hürriyet/Radikal*, 04.10.03)

Kampf über die kurdische Sprache in Ankara

Ankara - In der Vorstadt der Hauptstadt Ankara, Oltan, in einem Land das Mitglied der EU werden möchte, kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung auf der Baustelle einer Schule zwischen den kurdischen Arbeitern und dem Polier, einem Angehörigen der Partei „Der wahre Pfad“, als er die Arbeiter untereinander kurdisch sprachen und kurdische Musik hörten, sah.

Nach Aussagen der Bauarbeiter wurden sie von 40-45 Gendarmeriesoldaten, befehligt vom Hauptmann Ali Ada, zum Teil so geschlagen, dass einige von ihnen mehrere Tage arbeitsunfähig waren. Alle an dem Vorfall beteiligten, auch die Verletzten, wurden in polizeilichen Gewahrsam genommen.

Der Landrat des Distriktes, Ozlen Bozkurt Gevrek, erklärte, dass „der Vorfall von den kurdischen Arbeitern ausgegangen sei. Nachdem Klagen über die zu laute Musik kamen, allerdings nicht weil es

kurdisch war, die Bauarbeiter den zufällig vorbeikommenden Mayor mit seiner Truppe tödlich angriffen.“

Der stellvertretende Direktor dieser Schule, der sich gegen das brutale Vorgehen des Mayors wandte, wurde nach einer Untersuchung des Falles strafversetzt, da er sich als „Zivilperson nicht hätte einmischen dürfen“. (Quelle: *Radikal*, 03.10.03) Ausführlicher Bericht in Englisch : <http://www.kurden.de>

Vier Jahre Haft wegen Teilnahme an einer Demonstration gegen das Verbot des Kopftuches

Wie schwierig es ist die Menschenrechte durchzusetzen, ist das Beispiel der Schwestern Nurcihan und Nurulhak Saatcioglu, 21 bzw. 23 Jahre alt, die wieder verhaftet wurden, weil sie vor 4 Jahren an einer Demonstration in Malatya / Nordkurdistan, gegen das Verbot des Kopftuchtragens teilgenommen hatten. Sie wurden 1999 des „Versuchs die konstitutionelle Ordnung mit Gewalt ändern zu wollen“, beschuldigt und zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Staatssicherheitsgericht von Malatya fällte ein anderes Urteil: 4 Jahre und 2 Monate Haft wegen Verstoßes gegen das „Versammlung und Demonstrationsgesetz“.

Am 02.10.2003 wurden die Schwestern erneut in Istanbul verhaftet und in das Bakirköy Frauen- und Jugendgefängnis gebracht. Die Mutter der beiden jungen Frauen verbüßte wegen ihrer Teilnahme an der gleichen Demonstration eine 3-jährige Haftstrafe. Eine dritte Schwester wartet ebenfalls auf ihre Verhaftung.

Der Vorsitzende von Mazlum-DER, eine Organisation für Menschenrechte und Solidarität für unterdrückte Menschen, Ahmet Mercan, sagte, sie würden diesen Fall vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bringen. (Quelle: *Kurdistan Observer*, 04.10.03) Artikel in Englisch <http://www.kurden.de>

Bauern sollen Soldaten angegriffen haben

Am 3. Oktober begann ein Verfahren vor dem Amtsgericht Uludere gegen Bewohner des Dorfes Ortaköy (Arose) im Kreis Uludere der Provinz Sirnak. Im Juli waren 500 Bewohner des Dorfes über die Grenze in den Nordirak gegangen. Andere waren zur Gendarmeriewache gegangen, wo Kerwan Berk, Fahri Berk, Abdulhaluk Berk und Tahir Berk festgehalten wurden. Sie wollten gegen Folter protestieren. Um sie zu vertreiben, sollen die Soldaten in die Luft geschossen und Knüppel eingesetzt haben. Die Bauern aber wurden wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt“ angeklagt. In der Gerichtsverhandlung sagte Abdulhaluk Berk aus, dass er auf der Wache gefoltert wurde. Wegen des Protestes sei er freigelassen worden. Die Leute aus

dem Dorf hätten die Soldaten nicht angegriffen. Fatih Faik, einer der angeblich geschädigten Soldaten, erklärte, dass er im Sinne des Unteroffiziers Adnan Aksoy ausgesagt habe. Für ihn sei ein ärztliches Attest ausgestellt worden, obwohl er nicht auf dem Gesundheitsamt war. Der Oberleutnant Mutlu Zorlu und der Unteroffizier Adnan Aksoy hätten ihn der Bastonade unterworfen, weil er auf der Wache eingeschlafen sei. Danach hätten sie ihn an einen Mast gebunden und in der heissen Sonne stehen lassen. Er bestätigte, dass die Dorfbewohner die Soldaten nicht angegriffen hätten. Auch der Soldat Serkan Bozkaya sprach von Folter auf der Wache. Das Verfahren wurde auf den 19. November vertagt. Reyhan Yalcindag, st. Vorsitzende des IHD, die die Bauern als Anwältin vertritt, gab bekannt, dass Ermittlungen gegen Mutlu Zorlu, Adnan Aksoy und andere Diensthabenden wegen Folter angestrengt worden seien. *(Quelle: Özgür Gündem vom 05.10.2003)*

Journalist verurteilt

Das SSG Istanbul verurteilte den Chefredakteur der Zeitschrift "Vuslat" zu einer Strafe von 20 Monaten Haft nach § 312 TSG. Das Verfahren war wegen eines Artikels im Januar 2002 mit der Überschrift "Kopftuch und Aufruf zum Dialog" eröffnet worden. Die Haftstrafe wurde in eine Geldstrafe verwandelt und zur Bewährung ausgesetzt. Der Zeitschrift wurde das Erscheinen für 2 Wochen untersagt. *(Quelle: Yeni Safak vom 04.10.2003)*

Keine Neuwahlen

Der Hohe Wahlrat hat beschlossen, dass wegen der Verurteilung von 4 Funktionären der DEHAP wegen Wahlbetrugs die Wahlen vom 3. November 2002 nicht wiederholt werden müssen. Sieben Parteien und 300 Personen hatten dies gefordert. *(Quelle: Milliyet vom 05.10.2003)*

Massengrab gefunden?

Bei Strassenarbeiten auf der Hochweide Senköy in der Nähe von Mus sollen am 4. Oktober 11 Leichen gefunden worden sein. Es wurde vermutet, dass es sich bei ihnen um M. Sah Atala (24), Bahri Simsek, Hasan Avar (41), Serif Avar (24), Nusretin Yerlikaya, Turan Demir (27), Behçet Tutus (40), Abdi Yamuk, Salih Akdeniz (65), Celil Aydogdu und Ümit Tas handeln könne. Sie waren nach dem Überfall auf den Weiler Gundik des Dorfes Alaca im Kreis Kup (Diyarbakir) am 9. Oktober 1993 „verschwunden“. Angehörige der Verschwundenen, der Staatsanwalt und eine Delegation besichtigten den Ort am 6. Oktober. Seyithan Atalay berichtete von den Vorfällen im Jahre 1993: "Neben meinem Bruder wurden an die 100 Personen bis zum 25. Oktober 1993 im Dorf festgehalten. Alle bis auf die 11 Personen wurden freigelassen. Mein Bruder und die anderen 10 wurden in einen Hubschrauber gesetzt und flogen Richtung Mus fort. Später wurde uns aus anderen Dörfern berichtet, das einen Tag vor Ende der Operation Geräusche von Baggern an der Strasse von Kulp nach Mus zu hören waren. Die Strasse wurde später mit Erde aufgefüllt und gesperrt. Unter Umgehung eines Hügels, wo wir unsere Verwandten vermuten, wurde die Strasse nach 1998 erneut angelegt." Die Angehörigen benutzen Schaufeln, weil keine Maschinen vorhanden waren und gruben an mehreren Stellen, wurden aber nicht fündig. *(Quelle: Özgür Gündem vom 07.10.2003)*

Vermeintliche MKP Angehörige festgenommen

Die Polizei in Istanbul gab die Festnahme von Ali Gezer, Tarik Gezer, Serkan Eker und Sükrü Duman als vermeintliche Mitglieder der Maoistischen Kommunistischen Partei (MKP) am 30. September bekannt. Desweiteren wurde Kemal Alev, der leitender Funktionär der DHKP/C in Bulgarien gewesen sein soll und an die Türkei ausgeliefert wurde, am 4. Oktober in U-Haft genommen.

(Quelle: Cumhuriyet vom 07.10.2003)

Gefoltete Kinder in Hani

Die Abgeordneten Hüseyin Bayindir und Ahmet Faruk Ünsal haben einen Bericht zu den Vorwürfen von Folter an den Kindern Bedri Dokuz und Müslüm Okcu, die am 23. April in der Kreisstadt Hani (Diyarbakir) festgenommen worden waren, herausgegeben. Sie seien auf Anweisung des Staatsanwaltes festgenommen worden, weil sie eine Lehrerin "angemacht" hätten. Die Eltern seien informiert worden und ihre Aussagen seien im Beisein eines Anwaltes aufgenommen worden. An dem Vorgehen sei bis dahin nichts zu beanstanden. Nach der Freilassung der Kinder sei jedoch festgestellt worden, dass sie ihren Stuhlgang auf einem Kissen in der Zelle hinterlassen hatten. Die nach 2-3 Stunden erfolgte 2. Festnahme sei aber nicht notiert worden. Die Abgeordneten hielten die Vorwürfe, dass den Kindern die Exkremete ins Gesicht geschmiert wurden und sie in diesem Zustand in der Stadt herumgeführt wurden, für nicht glaubwürdig, weil die Vorwürfe erst nach mehr als einem Monat erhoben wurden und die Kinder selber das Geschehen nicht bestätigten. *(Quelle: Radikal vom 08.10.2003)*

Haft für Folterer

Der Feldwebel Mehmet Hilmi İnci und die Soldaten Ahmet Bozdogan und Mehmet Ülgen kamen am 11. Oktober in U-Haft. Sie werden sich wegen Folter an Fettah Ülgen aus dem Dorf Saricmen im Kreis Caldiran am 30. September verantworten müssen. *(Quelle: Milliyet vom 12.10.2003)*

Erlaubnis für Kurdischkurs

Hasan Güven, der im Dezember in Van einen Antrag stellte, einen Kursus in Kurdisch zu eröffnen, erhielt nun die Erlaubnis, die ihm zuvor verweigert worden war, weil es an dem Gebäude keine Notleiter gab. *(Quelle: Özgür Gündem vom 13.10.2003)*

Tod bei Explosion einer Handgranate

Mesut Önal (11) starb, als die Handgranate, die er in der Nähe des Dorfes Elmadüzü im Kreis Adakli in der Provinz Bingöl gefunden hatte, am 11. Oktober explodierte. Seine Mutter Nafiye Önal wurde verletzt *(Quelle: Evrensel vom 12.10.2003)*

Dorf angegriffen

Aus dem Dorf Kovalı im Kreis Derik (Mardin) wurden Vorwürfe erhoben, dass 5 Dorfbewohner verletzt wurden, als Soldaten am 13. Oktober wahllos auf sie schossen. Gegen Mitternacht kehrte Murat Demir (17) mit seinen Schafen ins Dorf zurück. Er und sein ihm entgegen kommender Grossvater Ramazan Demir (80) wurden als Erste von den Gendarmen beschossen. Hamdullah Demir (67), der Vater von Murat Demir, und die Verwandten Nusret Demir (65) und Mehmet Demir (38) hörten die

Schüsse und wollten nachsehen. Auch sie wurden durch Schüsse verletzt. Es hiess, dass vor dem Überfall der Strom im Dorf abgestellt wurde. Reho Demir, die Tochter von Mehmet Demir sagte: "Wir sind nach den Schüssen aus den Häusern gekommen und sahen die Soldaten bei den Verletzten. Wir wollten sie holen, aber uns wurde gedroht, dass jeder Mann, der sich näherte, erschossen werde. Ich bin dann mit meiner Schwester zu den Verletzten gegangen. Die Verletzungen von Ramazan und Hamdullah Demir sollen schwer sein.

Mehmet Demir, der die Verletzten zum Krankenhaus brachte, gab an: "Unser Fahrzeug wurde beschossen, aber wir haben nicht angehalten. Erst an der Gendarmeriestation Ücyol, die 500 Meter vom Dorf entfernt liegt, mussten wir anhalten. Wir mussten eine halbe Stunde warten. In dieser Zeit wurden wir mit Knüppeln und Fäusten geschlagen. Sie warfen uns vor, PKK'ler zu verbergen. Mir wurden der Ausweis und die Fahrzeugpapiere abgenommen. Die Soldaten drohten auch, mich zu töten, wenn ich jemandem von der Sache erzähle." Als Fahrer wurde Mehmet Demir nicht festgenommen, dafür aber die Begleiter Burhan Demir und Abdülsamet Demir. Sie wurden in den Morgenstunden wieder freigelassen. Vertreter des IHD besuchten Ramazan Demir im Krankenhaus der Universität Dicle. Später sagte Hanifi Isik, IHD-Vertreter für die Region, dass es von der Gendarmerie in Derik schon viele solcher Übergriffe gegeben habe, aber nie die Soldaten, sondern immer nur die Opfer angeklagt wurden. Dahinter stünde der Oberbefehl der Gendarmerie.

Der IHD stellte des weiteren eine Delegation zusammen, die den Vorfall untersuchte. Sie sprachen mit Augenzeugen, dem Staatsanwalt in Derik und den Verletzten im Staatskrankenhaus von Mardin. Danach sagte Hanefi Isik, dass sie keinen Zweifel mehr hätten, dass die Soldaten gezielte Schüsse abfeuerten. Der Staatsanwalt habe zwar von einer bewaffneten Auseinandersetzung gesprochen, aber dafür seien keine Anzeichen vorhanden gewesen. (Quelle: *Özgür Gündem* vom 15.10.2003)

Selbstmord im Gefängnis

Der unpolitische Gefangene S.D. hat sich am 14. Oktober im E-Typ Gefängnis in Erzurum das Leben genommen, indem er sich mit einem zum Seil geformten Laken in der Toilette erhängte. (Quelle: *Eyrensel* vom 15.10.2003)

63.560 Gefangene

Im Juli veröffentlichte das Direktorat für Gefängnisse im Justizministerium neue Zahlen zu Gefangenen in insgesamt 504 Gefängnissen der Türkei. Demnach befanden sich 32.271 Personen in Strafhaf, 26.837 Personen in Untersuchungshaft und 4.452 in angeordneter Untersuchungshaft. Die grösste Gruppe von 10.854 Personen waren wegen Mordes in Haft, gefolgt von "Dieben" mit 7.741 und politischen Gefangenen, den sog. Terror-Verbrechern mit 6.505. (Quelle: *NTV* vom 10.10.2003)

2.124 Strafversetzte im OHAL Gebiet

Die Konföderation von Gewerkschaften im öffentlichen Sektor hat Zahlen zu Strafversetzungen im Gebiet unter Ausnahmezustand (OHAL) herausgegeben. Demnach wurden zwischen 1990 und 2003 insgesamt 2.124 Mitglieder von KESK aus disziplinarischen Gründen an einen anderen Ort versetzt.

Die grösste Zahl von Betroffenen war im Gesundheitswesen beschäftigt (751), gefolgt von LehrerInnen (444) und Personal in der Nachrichtenverbreitung (398). (Quelle: *Özgür Politika* vom 15.10.2003)

Bewaffneter Angriff auf Kommandanturfahrzeug

In Dicle/Diyarbakir wurde gegen ein Kommandanturfahrzeug der Sicherheitsbehörden ein bewaffneter Angriff verübt, ein Polizist wurde verletzt. Daraufhin wurde das Stadtzentrum durchsucht und Kontrollpunkte eingerichtet. Panik brach aus, weil auch zeitweilig der Strom abgeschaltet worden ist. Während dieser Zeit sollen Sondereinheiten im Stadtzentrum geschossen haben. In den frühen Morgenstunden begannen in der Region Dicle militärische Operationen in Zusammenarbeit mit Dorfschützern... (Quelle: *ISKU mit Bezug auf DIHA, Dicle Nachrichtenagentur*, 15.10.2003)

DEHAP-Vorsitzender verhaftet

In Ovacik/Tunceli wurden 3 Personen, darunter der örtliche DEHAP-Kreisvorsitzende, verhaftet und nach der Vorführung vorm Gericht wegen der „Unterstützung und Hilfeleistung Illegalen“, ins Gefängnis von Overcik überführt... (Quelle: *ISKU mit Bezug auf DIHA, Dicle Nachrichtenagentur*, 15.10.2003)

Vergewaltigung bei der Gendarmerie

Am 10. Oktober begann vor dem Landgericht in Mardin ein Prozess gegen 64 Offiziere und 341 Soldaten. Sie sollen in den Jahren 1993 und 1994 die Gefangene S.E. vergewaltigt haben. S.E. hatte auf einer Veranstaltung des Projektes „Rechtshilfe gegen Sexuelle Belästigung und Folter in der Polizeihaft“ im Jahre 1999 in Deutschland von ihrem Leid berichtet. Die Rechtsanwältin Eren Keskin erstattete Strafanzeige in der Türkei. Sie führte aus, dass ihre Mandantin im November 1993 für 7 Tage auf der Wache im Kreis Derik festgehalten wurde. Sie sei einmal mit einem Knüttel und einmal mit den Händen vergewaltigt worden. Im März und August 1994 sei sie zwei weitere Male festgenommen und von jemandem in der Uniform eines Oberleutnants sowie einer zahlenmässig nicht festzulegenden Zahl von Soldaten vergewaltigt worden. Während der Folter habe man ihr den Mund mit Salz vollgestopft. Die Ermittlungen endeten mit einer Entscheidung, kein Verfahren zu eröffnen. Der Einspruch beim Landgericht Mardin hatte Erfolg und es wurde ein Verfahren nach den §§ 416, 417 (Vergewaltigung) und 243 TSG (Folter) eröffnet.

Die Kommandantur der Gendarmerie hatte sich nach Prozessöffnung gegen die Vorwürfe verwahrt. Die Geschädigte habe sich erst 5 Jahre nach den angeblichen Ereignissen gemeldet und diejenigen, die solche Behauptungen verbreiteten, seien als Sympathisanten der PKK/KADEK bekannt, hiess es vom Oberbefehl der Gendarmerie. Daraufhin hielten die Anwältinnen Eren Keskin und Fatma Karakas eine Pressekonferenz ab, in der sie zunächst einmal feststellten, dass gefolterte Frauen u.a. aus Angst vor der Gendarmerie nicht darüber sprechen können.

Eren Keskin stellte auch richtig, dass das Verfahren nicht nur aufgrund der Vorwürfe von S.E. eröffnet worden sei. Es fusse auf zwei medizinischen Gutachten, die zum einen von der Stiftung für Menschenrechte in der Türkei (TIHV) und zum anderen

von dem Institut erstellt worden ist, das in Deutschland die Behandlung von S.E. übernommen hat. Beide Gutachten kämen zu dem Schluss, dass die Patientin immer noch an den Folgen der Folter litt. Auf der Pressekonferenz gaben die Anwältinnen auch einen Überblick über die Arbeit des Rechtshilfebüros gegen sexuelle Belästigung und Folter in Polizeihaft. Obwohl es mit Sicherheit wesentlich mehr Fälle von Vergewaltigung in Polizeihaft gebe, hätten sich bisher 177 Frauen, die in der Haft vergewaltigt worden sind, an sie gewandt. Zwei der Opfer hätten später Selbstmord begangen, eine Frau sei unter Folter ermordet worden und ein 14-jähriges Mädchen sei von der Familie nach der Vergewaltigung zur "Rettung der Ehre" ermordet worden.

Unter den Vergewaltigern seien 134 Polizeibeamte, 36 Angehörige der Gendarmerie, 4 Angehörige von Spezialteams, 6 Dorfschützer, 9 Gefängniswärter, 2 Überläufer und 1 Journalist. Von den betroffenen Frauen seien 140 Kurdinnen, 30 Türkinnen, 1 Deutsche, 4 Zigeunerinnen, 1 Bulgarin und 1 Rumänin. Derzeit seien noch 83 Verfahren anhängig. 36 davon seien vor dem EMRG, 22 vor Strafrichtern, 4 vor dem Kassationsgerichtshof. In 18 Fällen ermittelte die Staatsanwaltschaft und in 4 Fällen stehe eine Entscheidung über den Widerspruch gegen die Einstellung des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft aus.

Schliesslich gaben die Anwältinnen noch an, dass sie in ihrer Arbeit vielfältigen Behinderungen ausgesetzt seien. Es seien mittlerweile 8 Verfahren gegen sie eröffnet worden. (Quelle: *Bianet*, 16.10.2003)

Bombenanschläge auf Büros der AKP

"Nur wenige Stunden nach dem Selbstmordanschlag auf die türkische Botschaft in Bagdad sind vor den Gebäuden der türkischen Regierungspartei AKP in Istanbul und Izmir Sprengkörper explodiert. Die mit Zeitzündler versehenen Sprengsätze richteten nur Sachschaden an. In Istanbul waren die Zentrale der AKP und ein Gebäude im belebten Stadtteil Besiktas betroffen. Nach den Explosionen wurden andere AKP-Büros von der Polizei gesichert. Bei dem Selbstmordanschlag vor der Botschaft in Bagdad sind eine Person getötet und mehrere verletzt worden." (Quelle: *SZ*, 16.10.2003)

Freitod oder Mord

Nebahat Akkoc, die in Diyarbakir, Kiziltepe, Batman und Bingöl Frauenzentren (KAMER) gegründet hat, gab das Ergebnis der Befragung von 5.100 Frauen in den Jahren 1997 bis 2003 bekannt. Bei der Auswertung von 1.800 Gesprächen kamen ihr Zweifel an dem Phänomen der vielen Selbstmorde von Frauen, vor allem in Batman. 15% der Frauen sprachen von Morddrohungen, aber nur 7% der Frauen hegten Selbstmordgedanken. Nach Auffassung von Frau Akkoc steht hinter vielen Selbstmorden die Familienehre. Frauen, die diese Ehre "beschmutzt" hätten, werde gesagt, dass sie sich selber umbringen, als von der Familie getötet zu werden. Etliche der Selbstmorde seien durch Sprünge vom Balkon oder dem Trinken von Gift erfolgt. Es könne aber auch sein, dass diese Frauen vom Balkon gestossen oder ihnen Gift eingeflösst wurde.

Als Schande werde in den Familien schon der Besuch eines Kinos oder ein Hörerwunsch beim Radio bewertet. Frau Akkoc gab an, dass sie sich an das

Institut für Religionsangelegenheiten wenden werde, da vor der Vollstreckung eines Todesurteils zunächst noch religiöse Autoritäten in der Region aufgesucht werden und diese Morde verhindert werden können, wenn in den 3-5 Monaten zwischen Aussprache und Vollstreckung eingegriffen werden kann. An statistischen Zahlen in dem Bericht wurden genannt: 99% der Frauen sind psychischer Gewalt ausgesetzt, 57% physischer Gewalt. 8% der befragten Frauen wurden vergewaltigt, 74% wurden verbal belästigt und 46,9% wurden physisch belästigt. 19% der Frauen berichteten von Inzest, der an ihnen begangen wurde. (Quelle: *Milliyet* vom 17.10.2003)

Polizisten foltern Polizisten

Gegen den Direktor für Finanzangelegenheit in der Abteilung zur Bekämpfung des Schmuggels, Serafettin Bural, wurde unter dem Vorwurf der Folter an drei Polizeibeamten ein Verfahren eröffnet. Seinerzeit war Serafettin Bural Leiter der Abteilung für Schmuggel und organisiertes Verbrechen in Izmir gewesen. Nach einer Operation wegen illegalem Handel mit CDs im Jahre 2001 hatte sich Metin Yildirim beschwert, dass die Polizeibeamten Mehmet Dinç, Ilhan Aktas und Sükrü Eryilmaz von ihm Bestechung gefordert hätten. Die Beamten wurden bei der Übergabe der Bestechungsgelder gefasst und beschwerten sich danach wegen Misshandlung. Das Verfahren gegen Serafettin Bural wird vor der 7. Kammer des Landgerichts Izmir verhandelt werden. (Quelle: *Radikal* vom 17.10.2003)

Erstmals amtliche Menschenrechts-Statistik in der Türkei

Istanbul (AFP) - Die türkische Regierung will von Januar an erstmals amtliche Statistiken über Menschenrechtsverstöße veröffentlichen. Die Zahlen würden ähnlich wie die regelmäßigen Angaben über die Inflationsentwicklung jeden Monat vom türkischen Statistikamt bekannt gegeben, erklärte die Menschenrechtsabteilung im Ministerpräsidentenamt von Ankara nach Medienberichten von Freitag. Die Zahlen sollen sich auf Berichte von insgesamt 900 Einrichtungen im ganzen Land stützen. Ziel sei es, die Menschenrechtssituation in der Türkei zu verbessern. So werde aufgelistet, welche Probleme es in den verschiedenen Landesteilen gebe. Bisher veröffentlichten nur regierungsunabhängige Menschenrechtsgruppen in der Türkei Zahlen über Folterfälle und andere Menschenrechtsverletzungen. (Quelle: *AFP*, 17.10.03)

Griechische Journalisten festgenommen

Am 7. Oktober wurden Yiannis Kanelakis vom TV Kanal "Mega", der Techniker Anestis Moutafis, Stefanos Taximanidis, Vorsitzender der Ponthus Föderation und sein Stellvertreter Stathis Taxidis in der Kreissatdt Caykara (Trabzon) festgenommen. Wie verlautete seien sie schon einmal am 5. Oktober für ein paar Stunden festgehalten worden. Taximanidis und Taxidis wurden am Morgen des 8. Oktober freigelassen. Die Journalisten kamen am Abend frei und kehrten nach Griechenland zurück. (Quelle: *Bianet* vom 09.10.2003)

Ankaras Marschbefehl nach Mesopotamien: Militäreinsatz in Irakisch-Kurdistan unpopulär/

Auch Bagdads Regierungsrat dagegen

Istanbul - Während die USA die Entscheidung des türkischen Parlaments zur Entsendung von Truppen nach Irak begrüßten, hat der provisorische irakische Regierungsrat den Beschluss der Türkei zuvor entschieden abgelehnt. Die Entsendung türkischer Truppen trage nicht zur Sicherheit bei, erklärte Ratsmitglied Mahmud Ali Osman gegenüber AFP. Den Kritikern eines türkischen Militäreinsatzes in Irak hat es erst einmal die Sprache verschlagen. Anders als am 1. März, als das Parlament die USA-Forderung nach einer Nordfront gegen Irak ablehnte, hatte diesmal Premier Recep Tayyip Erdogan seine Fraktion voll im Griff. 358 Abgeordnete stimmten für den Antrag der Regierung, nur acht weniger als seiner gemäßigt islamistischen Partei AKP angehören. Die Regierung hat nun freie Hand, auf ein Jahr eine beliebige Zahl türkischer Truppen nach Irak zu entsenden. Ein Verweis auf die internationale Rechtslage ist nur ganz am Rande in der EntschlieÙung versteckt, indem diese auf einen entsprechenden Artikel der türkischen Verfassung verweist. Die Regierung macht aber keinen Hehl daraus, dass sie nicht auf eine Entscheidung des UNO-Sicherheitsrates warten wird. Dies dürfte nebenbei auch die Position der USA gegenüber Frankreich bei den derzeitigen Verhandlungen in der UNO stärken. In Ankara rechnet man mit dem Marschbefehl für die zweite Oktoberhälfte. Allerdings müssen noch wichtige Details mit den USA geklärt werden... (Quelle: ND, 09.10.2003) (den vollständigen Artikel können Sie auf unserer homepage www.kurden.de nachlesen.)

Irakischer Regierungsrat gegen Entsendung der türkischen Truppen

Bagdad - Iraks Übergangsregierungsrat stimmte einer Resolution zu, die den Einsatz türkischer Truppenverbände zur Unterstützung der von Amerikanern geleiteten Friedenskräften im Irak ablehnt. Das kurdische Ratsmitglied, Mahmoud Othman, betonte, dass weitere ausländische Truppen im Land unerwünscht seien. Das schiitische Ratsmitglied, Moufawafak Al-Rabil, sprach sich entschieden gegen den Einsatz von Truppen benachbarter Staaten aus und setzte hinzu, dass diese von ihnen weder von nördlichen, südlichen, westlichen oder östlichen Anliegerstaaten akzeptiert würden. Die USA suchen Soldaten anderer Länder, um ihre eigene Streitkraft von 130.000 Mann im Irak zu verstärken. Die Regierung Bush legt dabei besonderen Wert darauf, wie aus der Türkei, Truppen aus muslimischen Ländern zu rekrutieren, die, wie sie hoffen, eher willkommen sind. Das türkische Parlament stimmte am Dienstag mit überwältigender Mehrheit der Entsendung von Truppen zu. Obwohl dies nicht die sofortige Entsendung bedeutet, da noch sicher wochenlange Verhandlungen über Einzelheiten des Einsatzes mit den Vereinigten Staaten geführt werden müssen, fürchten die irakischen Kurden eine Ausweitung des türkischen Einflusses in den kurdischen Gebieten im Norden Iraks oder sogar sich einen Teil Iraks an sich reißen könnte, der von ihnen während des Osmanischen Reiches bis zum 1. Weltkrieg 400 Jahre lang registriert wurde.

Nordirak ist auch Standort für Rebellen der PKK/KADEK, die 15 Jahre lang einen bewaffneten Kampf für die Autonomie im Südosten der Türkei führten, der 37.000 Opfer forderte. (Quelle: AP, 07. Oktober 2003) Ausführlicher Bericht in englischer Sprache: <http://www.kurden.de>

89,5% der irakischen Bevölkerung sind gegen den Einsatz türkischer Truppen

London - In einer Meinungsumfrage, in der 650 Personen über den Einsatz türkischer Truppen im Irak vom „Irakischen Institut für Demokratie“ befragt wurden, lehnten 89,5% von ihnen diesen ab, berichtete die in London erscheinende „Arabic daily Al-Sharq AlAwasat“. Die Befragung der über 18-jährigen fand in Duhok, Bagdad und Mosul statt. Nur 6% der Iraker befürworteten den Einsatz, 4,5% hatten keine eigene Meinung zu dem Thema. (Quelle: KurdishMedia.com, 15. Oktober 2003) Text in Englisch: <http://www.kurden.de>

Nein zur Truppenentsendung der Türkei in den Irak !

Auf Druck des Generalstabs und der USA haben die türkische Regierung und das Parlament entschieden, Truppen nach Irak zu entsenden, obwohl das kurdische Regionalparlament und der provisorische irakische Regierungsrat den Beschluss der Türkei zuvor entschieden abgelehnt haben. Die einhellige Meinung des irakischen Regierungsrats ist, dass die Entsendung der türkischen Truppen nicht zur Sicherheit im Irak beitragen wird. Im Gegensatz, sie sind überzeugt, dass die Anwesenheit der türkischen Truppen im Irak zur Destabilisierung beitragen werde.

In den letzten Wochen hat sich der irakische Regierungsrat mehrmals gegen den Einsatz von Truppeneinheiten der Anrainerstaaten gewandt, weil sie weniger an der Stabilisierung des Iraks interessiert sind sondern vielmehr ihre eigenen Interessen verfolgen. Dieser Meinung schlossen sich auch mehrere Nachbarstaaten an. So sprach sich auch König Abdalla von Jordanien gegen die Entsendung von türkischen Truppen aus.

Schon vor dem Irak-Krieg hatten wir uns in mehreren Presseerklärungen gegen die Entsendung der türkischen Truppen nach Irak gewandt, weil wir wissen, dass die Türkei im Irak eigene Interessen vertritt, und vor allem die in den letzten 12 Jahren aufgebauten föderalen Strukturen der Kurden zerstören sowie möglichst entscheidenden Einfluss auf die zukünftigen Strukturen Iraks üben möchte. Ausserdem haben die türkischen Streitkräfte in den letzten 15 Jahren in Nordkurdistan (Türkei) bewiesen, welche Greuelthaten sie gegen die eigene Bevölkerung begehen können:

- Verschwindenlassen und Ermordung von Tausenden PolitikerInnen und Zivilisten.
- Zerstörung und Entvölkerung von mehr als 3200 Siedlungen
- Vertreibung von ca. 4 Mio. Menschen aus ihren Siedlungsgebieten
- Zerstörung von Infrastrukturen und Naturreichtümern in Nordkurdistan

Auch in Südkurdistan sind die bisherigen Untaten der türkischen Streitkräfte hinlänglich bekannt:

- Zahlreiche Einmärsche in Südkurdistan (Nordirak) trotz internationaler Proteste und Zerstörung von Hunderten kurdischen Dörfern.

- Aufwiegelung der turkmenischen Minderheit gegen ihre kurdischen Landsleute
- Sabotageversuche der speziellen Einheiten in der kurdischen Region und in Kirkuk.

Daher ist die Argumentation der türkischen Regierung, dass die Entsendung von Truppen eines Staates, dessen Bevölkerung islamisch ist, nützlich und sinnvoll sei, nicht haltbar. Ist die kurdische Bevölkerung in der Türkei mehrheitlich nicht muslimisch, die die Greuelthaten der türkischen Streitkräfte in Kurdistan erlebt haben und immer noch erleben? Ausgerechnet diese Streitkräfte sollen in Irak für Stabilität sorgen!

- Über 80% der Bevölkerung der Türkei sowie Hunderte von zivilen Massenorganisationen sind gegen die Entsendung von türkischen Truppen;
- Alle kurdischen Parteien in allen vier Teilen Kurdistans sowie die kurdischen Organisationen in der Diaspora sind gegen diesen Beschluss der Türkei;
- Die irakische Bevölkerung, ob Araber, Kurden oder Christen, sind dagegen;
- Das kurdische Parlament sowie die Regionalregierung in Südkurdistan und der provisorische Regierungsrat in Bagdad sind dagegen;
- Alle Anrainerstaaten, bis auf die Türkei, sind auch gegen die Entsendung der türkischen Truppen in den Irak.

Trotz dieser Haltung scheint der türkische Generalstab und die Regierung entschlossen zu sein, Truppen ins Nachbarland zu entsenden, und zwar durch von Kurden kontrolliertem Territorium.

Die Führung der beiden großen Parteien (KDP und PUK) haben im Falle der Errichtung eines Korridors und Durchmarsch von türkischen Truppen durch das kurdische Territorium einen erbitterten Widerstand angekündigt.

- Wir appellieren an erster Stelle an die US-Administration und die britische Regierung, angesichts dieser Entwicklung auf den Einsatz der türkischen Truppen im Irak zu verzichten.
- Wir appellieren an die UNO, die EU-Gremien und Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten sowie an das Europarlament und die NATO, auf die USA und die Türkei einzuwirken, damit der Beschluss zur Entsendung von Truppen in den Irak zurückgenommen wird.
- Wir rufen alle zivilen NGO's in der EU auf, gegen den Beschluss des türkischen Parlaments zu protestieren und auf ihre Regierungen einzuwirken, damit sie in unserem Sinne aktiv werden.
- Wir rufen alle kurdischen Parteien und Organisationen in der Diaspora auf, mit Aktionen gegen den Beschluss des türkischen Parlaments zu protestieren.

Gemeinsame Presseerklärung vom IMK e.V. und KOMKAR, 16. 10.03

Türkische Soldaten müssten in Irak mit Angriffen rechnen: Provisorischer Rat warnt Ankara

“Die geplante Stationierung türkischer Soldaten in Irak stößt auf immer heftigeren Widerstand des provisorischen Regierungsrats in Bagdad ... Der Außenminister des von den USA eingesetzten Rats in Bagdad, Hoschiar Zebari, warnte die Türkei eindringlich vor der Entsendung von Soldaten nach Irak. Der arabischen Zeitung Al-Sharq Al-Awsat

(Montagausgabe) sagte der kurdische Politiker, es sei zu erwarten, dass türkische Soldaten in Irak angegriffen würden. Dies sei vor allem zu erwarten, da sie nach Angaben der Amerikaner im so genannten sunnitischen Dreieck mit Falludscha, Ramadi und Tikrit eingesetzt werden sollten. Unterstützung für seine ablehnende Haltung erhielt der Rat von Jordanien ...

Die türkischen Streitkräfte wollen sich in Irak gegen eventuelle Angriffe irakischer Kurden verteidigen. "Wenn irakische Kurden unsere Konvois angreifen sollten, werden wir ihnen die nötige Antwort erteilen", kündigte der stellvertretende türkische Generalstabschef Ilker Basbug am Montag in Ankara an. Nach Angaben des Generalstabs werden zwei Besatzungssektoren nordwestlich von Bagdad erwogen. Über die Truppenstärke sei noch nicht entschieden." *(Quelle: Frankfurter Rundschau, 14.10.2003)*

Rückzug statt Vormarsch: Die Entsendung türkischer Soldaten in den Irak ist unsicher

“In der Türkei verdichten sich die Anzeichen dafür, dass aus der geplanten Entsendung von 10 000 Soldaten in den Irak zumindest vorerst nichts wird. Nach dem Anschlag auf die türkische Botschaft in Bagdad wächst der Druck auf die Regierung in Ankara, den Militäreinsatz abzublasen, um das Leben der Soldaten nicht unnötig zu gefährden. Auch die USA, die bisher auf eine türkische Beteiligung drängten, bekommen offenbar kalte Füße: US-Spitzenpolitiker sprechen plötzlich von Schwierigkeiten mit der türkischen Entsendung; die türkisch-amerikanischen Verhandlungen über Einzelheiten des Einsatzes wurden auf unbestimmte Zeit verschoben.

... Unter der Hand aber wird der Verdacht laut, dass die US-Unterstützung für Ankara angesichts der irakischen Proteste abbröckeln könnte. Die negativen Folgen einer türkischen Militärpräsenz im Irak wögen aus der Sicht Washingtons inzwischen schwerer als die Vorteile, schrieb die englischsprachige „Turkish Daily News“... Die USA hätten den irakischen Widerstand gegen türkische Truppen unterschätzt, heißt es bei westlichen Diplomaten. Nun lässt Ankaras Regierung ihrerseits Unzufriedenheit mit den USA erkennen. Die Amerikaner seien sich nicht einig, ließen türkische Diplomaten verlauten.

Für die Regierung in Ankara wäre es nicht unbedingt eine Katastrophe, wenn aus dem Auslandseinsatz nichts wird. Ihr politisches Nahziel – die Reparatur der Beziehungen zu den USA – sei mit dem Parlamentsbeschluss ja erreicht, sagte ein Diplomat in Ankara...“ *(Quelle: Der Tagesspiegel, 17.10.2003)*

Barzani droht mit dem Rückzug aus dem irakischen Führungsgremium

Masud Barzani, Präsident der Demokratischen Partei Kurdistan/Irak, hat gedroht aus dem 25-köpfigen irakischen Führungsgremium zurückzutreten, falls die Türkei trotz Proteste der kurdischen und gesamtirakischen Seite Militäreinheiten in den Irak entsendet. *(Quelle: Avesta Kurd, 10.10.02)*

Ehemaliges hohes Parteimitglied der ITF erklärte: "Entscheidungen fallen in Ankara!"

London - In einem Interview mit dem „Freies Radio Irak“, sagte ein ehemaliges hohes Parteimitglied der Turkmenischen Front (ITF) die meisten Entscheidungen und Pläne würden in Ankara gemacht und ausgearbeitet.

Sami Shabak und andere ehemalige Mitglieder gründeten deshalb eine neue Turkmenen Partei, die „Liberale Turkmenische Organisation“. Shabak nannte als Grund für die Spaltung „die Einmischung ausländischer Kräfte, insbesondere die der Türkei, die eine Hauptrolle in der ITF spielten und deshalb weder den Turkmenen im Irak noch in Kurdistan nützte. Ebenso wenig entspräche die ITF den Zielen und Vorstellungen der Kurden. Für sich forderten die Turkmenen das Recht auf Freiheit und Gleichheit.“

Dokumente, die beim früheren Irakischem Geheimdienst gefunden wurden, zeigten, dass der Ex-Präsident der ITF, Qassab Agha, mit Saddam Hussein zusammen den Plan hatten, das Selbstverwaltungsexperiment in Südkurdistan zu zerstören. Anfang des Jahres verhafteten Angehörige amerikanischer Truppen türkische Spezialeinheiten in Suleymania/Südkurdistan, die zusammen mit der ITF planten, den kurdischen Gouverneur von Kirkuk zu ermorden. (Quelle: KurdishMedia, 16.10.03)

Nordzyprisches Pass-Komplott – Denktasch lässt für den Wahltag tausende Türken einbürgern

Einen solchen Streik hat das Reich des Zypern-Türken-Präsidenten Rauf Denktasch noch nicht erlebt. Sämtliche Angestellte der Einwanderungsbehörde der Republik Nordzypern weigerten sich einen ganzen Tag lang, neue Pässe auszustellen. Damit protestierten sie dagegen, dass ihre Regierung derzeit äußerst großzügig neue Staatsbürgerschaften ihrer international nicht anerkannten Republik vergibt. Etwa 2000 neue Pässe seien auf „intensiven Druck“ der Denktasch-Administration in den letzten drei Wochen bereits verteilt worden, sagt Ali Seylani, Chef der Gewerkschaft von Staatsangestellten, die den Streik organisierte. Seylani ist überzeugt, Denktasch wolle so die kommende, wichtige Parlamentswahl manipulieren.

Die Opposition hat schon eine Weile den Verdacht, dass der alte Zypern-Fuchs beim Urnengang am 14. Dezember tricksen will, um seinen Kopf als Verhandlungsführer im Zypern-Zwist zu retten. Bislang hat Denktasch jeden Wiedervereinigungsplan für die seit 1974 geteilte Insel blockiert. Eine neue Parlamentsmehrheit könnte ihn erstmals als Verhandlungsführer ablösen. Deshalb blickt auch die EU mit großem Interesse auf die Wahl. Der griechische Süden Zyperns wird am 1. Mai 2004 EU-Mitglied. Die Denktasch-Gegner hoffen, nach einem Wahlsieg Wiedervereinigungsgespräche zu führen und vor Mai abzuschließen, um die ganze Insel in die EU zu bringen.

Neue Pässe gibt es vor allem für Türken aus dem türkischen „Mutterland“. Viele Türken haben seit 1974 Grundstücke in Zypern erworben und befürchten, bei einer Wiedervereinigung könnten vertriebene Griechen alten Besitz beanspruchen. Auch genießt Denktasch bei türkischen Nationalisten hohes Ansehen. Hunderte von Staatsbürgern in spe warteten denn auch während des Streiks vor

dem Einwanderungsbüro auf ihre Dokumente. Ihre türkischen Pässe müssen die Neu-Zyprioten übrigens nicht abgeben. Ankara gestattet Doppelpässe, weil Bürger aus dem international isolieren Nordzypern sonst gar nicht reisen dürften.

Gerade mal 134 000 Wähler gab es bei der letzten Parlamentswahl. Ein paar Tausend Stimmen mehr können das Ergebnis schon beeinflussen. „Ich habe keine Information dazu“, wehrte sich am Freitag der nordzyprische Innenminister Mehmet Albayrak im Radio gegen den Manipulationsvorwurf. Auch für Flüge aus London sind für den Wahltag schon viele Tickets gebucht. In der britischen Hauptstadt leben mehr ausgewanderte Zypern-Türken als auf der Insel selbst. Die meisten sind britische Staatsbürger. Die Exilanten gelten als konservativ. Viele haben die Mittelmeerinsel bereits vor 30 Jahren verlassen. Denktasch-Emissäre haben die Auswanderer im Sommer aufgefordert, sich als Wähler für den Dezember registrieren zu lassen.

Was Denktasch machen würde, wenn die Opposition gewinnt, hat der 79-Jährige jüngst verraten. Er werde das Ergebnis nicht akzeptieren und „ein Veto“ gegen Beschlüsse des neuen Parlaments einlegen. Weder zu solchen Drohungen noch zu dem Pass-Komplott gab es bislang einen Kommentar aus Ankara. Auch die Regierung von Tayyip Erdogan hoffe auf einen Sieg der Opposition, hieß es aber jüngst. Dann müsste sie das Problem Denktasch nicht selbst lösen. (Quelle: Süddeutsche Zeitung, 11.10.2003)

Waffenkontrollen gefordert: Amnesty und Oxfam kritisieren deutsche Exporte

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International und die Hilfsinitiative Oxfam haben am Donnerstag in Berlin ein internationales Waffenkontrollabkommen gefordert. Verlangt wird ein Ende der unkontrollierten Ausbreitung von Klein- und Leichtwaffen, von denen es weltweit 639 Millionen geben soll. Viele von ihnen gelangen in die Hände von Kindersoldaten. Pro Jahr werden durchschnittlich mehr als 500 000 Menschen mit konventionellen Waffen getötet, d.h. ein Mensch pro Minute.

Es wurde kritisiert, dass Deutschland sich zwar erklärt, eine restriktive Rüstungsexportpolitik zu betreiben, tatsächlich aber zu den größten Rüstungsexporturen der Welt gehöre. Kleinwaffen im Wert von 14,5 Millionen Mark sollen im Jahr 2001 in Nicht-EU-Länder verkauft worden sein. Deutsche Waffen seien auch in Staaten mit 'gravierenden Menschenrechtsverletzungen' wie Tibet und die Türkei gelangt. Die Bundesregierung solle genehmigte Rüstungslieferungen in Zukunft detailliert darlegen. Menschenrechte müßten bei Rüstungsexporten beachtet werden. (Quelle: Süddeutsche Zeitung, 10.10.2003)

„Nur Öffentlichkeit hilft Afsane“

In Iran sind in diesem Jahr bereits 83 Todesurteile vollstreckt worden. Die Journalistin Dorna Kouzehgar berichtet von der drohenden 84. Hinrichtung: Afsane Norouzi tötete ihren Vergewaltiger in Notwehr.

Frau Kouzehgar, in wenigen Tagen soll in Iran die 84. Hinrichtung in diesem Jahr vollstreckt werden. Der Fall Afsane Norouzi: eine Frau, die sich gegen die Vergewaltigung durch einen Beamten der Geheimpolizei zur Wehr gesetzt hatte. Der Fall hat

bisher die Öffentlichkeit kaum erreicht. Was ist passiert?

Das vollständige Interview mit Dorna Kouzehgar können Sie auf unserer homepage www.kurden.de nachlesen.

Person: **Dorna Kouzehgar**

ist freie iranische Journalistin und lebt im Exil in der Ostschweiz. Sie arbeitet und publiziert vor allem zu den Themen Allgemeines, Menschenrechte und Frauenfragen in ihrer Heimat.

Person: **B. U. Kornetzky**

ist freie Medienschaffende. Sie lebt in Trogen und arbeitet derzeit an ihrem Dokumentarfilm «Engel in Iran». Kontakte zum Fall Afsane Norouzi sind über E-Mail möglich: brigitte@kornetzky.ch

(Quelle: auszugsweise St. Galler Tagblatt, 11.10.2003)

Wir möchten Sie auf unsere web-Seiten hinweisen, die interessante Beiträge enthält:

-
- **Misstrauen gegen die Türkei (FR,13.10.03)**
- **Viele Fahnen in Kirkuk (NZZ, 11.10.03)**
- **Geburtswehen einer Demokratie (Salzburger Nachrichten, 16.10.03)**
- **Strategische Interessen der Türkei (FR, 08.10.03)**
- **Heikle Glaubensfrage (SZ, 06.10.03)**
- **Folterklage gegen 405 türkische Soldaten (HAZ, 10.10.03)**
- **Türkei im Irak unerwünscht (taz, 09.10.03)**
- **Die Araber sollten Kurdistan wieder verlassen- Interview mit Masud Barzani (FR, 16.09.03)**
- **Das vertrocknete Paradies (taz, 15.09.03)**
- **Interview mit Claudia Roth, Menschenrechtssituation in der Türkei (DLR-Berlin, 17.09.03)**
- **Wir sind keine Besatzer – Powell im Nordirak (FAZ, 16.09.03)**
- **Mit Eseln gegen die Teilung Zyperns (NZZ, 25.09.03)**
- **Türkisches Bedenken nach dem Krieg im Irak (17. Juni 03)**
- **HRW, Im Inland vertriebene Personen in Südostanatolien (10. Juni 2003)**
- **Wie deutsche Firmen, Verbände und Behörden den Kontakt zum Saddam pflegten (Spiegel 25 / 2003)**
- **Koalition für ein Demokratisches Syrien (KDS) Umfangreiche Stellungnahme vom 1.5.2003**
- **Versuch der Dorfbewohner zurückzukehren (19.06.03)**
- **Situation der Kurden im Iran**

In Englisch:

- **Ankara rejected Saddam proposal to strike Kurds: PM (NTV, 10.14.03)**
- **Barzani Says Iraqis united in opposing Turkish deployment (Source: AFP, October 11, 2003)**
- **Suicide bomber arrested in Arbil (KurdishMedia.com, 17.10.03)**
- **The arrest warrant against Özgüden (Source: Info-Turk/Brussels, 16.10.03)**
- **Zebari: 'We do not want any of Iraq's immediate neighbours to take part in peacekeeping missions' . (AFP, 10.07.03)**
- **Why Turkish Troops are Going to Iraq? (Zaman/Turkey, 10. 09, 03)**
- **Turkey faces tough task in getting OIC support for Iraq mission (TDN, 10.13.03)**
- **Where free speech has a price (The Guardian, 10.13.03)**
- **Remarks and Q & A by Foreign Minister Hoshiyar Zebari (THE SABAN CENTER FOR MIDDLE 10.01.03)**
- **An Appeal to the Secretary-general of the United Nations (KDP-Iran, 10.14.03)**
- **Ciftci tried at Istanbul's DGM f or criticisms on headscarf ban (TDN, 10.15.03)**
- **Betraying the Kurds again? (salon.com, 10.14.03)**
- **Hundreds of Turkish soldiers to stand trial for rape of Kurdish woman (AFP, 03.10.03)**
- **DISK, KESK, TMMOB, TTB members protest motion on Turkey's troop shipment to Iraq (TDN, 10.08.03)**
- **Poll shows %89,5 of Iraqis against Turkish troop deployment (KurdishMedia, 10.15.03)**
- **4 Years In Prison for Headscarf Protests (Kurdistan Observer, 10.04.03)**
- **Fight over Kurdish Language Use in Ankara (Radikal, 10.03.03)**
- **Iraqi Council Opposed to Turkish Troops (AP, 10.07.03)**
- **Assassination bid fails in northern Iraq (Iraq Press, 09.28.03)**
- **Defining federalism for Iraq (KurdishMedia, 16.09.03)**
- **Iraqi Christians hold first post-Saddam conference (Iraq Press, 09.23.03)**
- **Iraqi Turkmen choose new Leader (Iraq Press, September 27, 2003)**
- **Interview with New Leader of Iraqi Turkmen Front (Turkish Daily News, September 17, 2003)**
- **Kurdish mayor of Kirkuk urges Iraqi Governing Council speed up Kurds' return (AFP, September 23.03)**

Diese Beiträge tragen nicht unbedingt unsere Meinung, sondern geben die aktuell für unser Themengebiet interessanten Diskussionen wieder. Besuchen Sie doch einmal www.kurden.de.

Mit freundlichen Grüßen,
Ihre Redaktion

Eine neue Dokumentation des IMK e.V.

"Mord im Namen der Ehre"

Entwicklung und Hintergründe von "Ehrenmorden" - eine in Kurdistan verbreitete Form der Gewalt gegen Frauen

Eine besonders verabscheuenswürdige Form der Gewalt gegen Frauen sind die "Morde im Namen der Ehre," die bis heute im Nahen Osten und vor allem auch in Kurdistan üblich sind, ja sogar in den letzten Jahren häufiger geworden zu sein scheinen. Immer wieder werden dort Frauen ermordet, nur weil sie in Konflikt mit den rigiden herrschenden Moralvorstellungen geraten sind.

Was sind die Gründe dafür, dass zahlreiche Frauen umgebracht werden, nur um die angeblich durch sie befleckte Familienehre zu reinigen? Stehen die "Ehrenmorde" mit dem Erstarken des Islam und seinen Moralvorstellungen im Zusammenhang? Warum sind diese Morde vor allem in Kurdistan zu beobachten, handelt es sich bei ihnen etwa um eine "kurdische Tradition"? Diesen Fragen gehen in diesem Buch zwei kurdische Wissenschaftlerinnen nach. Die Rechtsanwältin Hamiyet Izol untersucht das Phänomen in den türkischen Teilen Kurdistans, Dr. Mukaddes Sahin in den irakischen Teilen des Landes, vor allem in den sog. kurdischen Selbstverwaltungs-Gebieten, die schon vor dem Sturz des Saddam-Regimes dem Zugriff des Tyrannen entzogen waren. Johannes Düchting informiert darüber, wie das deutsche Flüchtlingsrecht mit Frauen umgeht, die Gefahr laufen, in ihrer Heimat Opfer von "Ehrenmorden" zu werden.

Zu beziehen über IMK e.V. Preis: **12,- Euro (incl. Versandkosten)**

Neuerscheinung Neuerscheinung Neuerscheinung

Die Dokumentation der Wochenendtagung vom 06. – 08. Dezember 2002 in der Evangelischen Akademie Bad Boll mit dem Titel „Kurden im Irak und in der Türkei: Ihre Zukunft zwischen Agas, Sheiks und Öl-Multis“ ist erschienen. Die 56-seitige Dokumentation kann bei uns für eine Gebühr in Höhe von Euro 6,00 (einschließlich Portokosten) bestellt werden.

Neue Publikation

der IMK e. V. möchte alle Interessierten und MitarbeiterInnen in der Flüchtlingsarbeit darauf hinweisen, dass wir eine neue Publikation herausgeben.

Thema dieser Publikation ist „Traumatisierte kurdische Flüchtlinge in Deutschland“ und trägt den Namen der gleichnamigen Fachtagung, die vom 15.-16. Juni 2001 im Maternushaus in Köln, stattfand:

„Odyssee ins Ungewisse“

Durch Herrn Dr. *Ilhan Kizilhan* wird ausführlich über die spezifischen Fluchtursachen der Kurdinnen und Kurden in Nordkurdistan berichtet. Er gibt einen historischen Überblick der Flüchtlingsentwicklung und geht auf die wirtschaftliche und soziale Lage der Menschen in Nordkurdistan ein.

Herr Prof. *Ferhad Ibrahim* und Herr *Abubekir Saydam* behandeln das Thema: „Fluchtursachen aus dem Irak und Südkurdistan – Gibt es eine innere Fluchtalternative?“ Sie schildern die aktuelle Situation im Irak und in Südkurdistan und berichten von Stationen der Traumatisierung.

„Fluchtwege“ ist das Thema von Herrn *Jürgen Hoppe*, Journalist. Hier werden die Methoden und Vorgehensweisen von Schleppern oder Schleusern erläutert, die für hohe Geldsummen, Flüchtlinge unter oft unmenschlichen Bedingungen nach Deutschland schleusen.

Frau Dipl. Psychologin *Hamidiye Ünal* spricht über traumatisierte Flüchtlinge in Gesellschaft und in Therapie. Sie geht auf Foltermethoden und auch auf die psychosoziale und rechtliche Situation der Flüchtlinge in Deutschland ein. Besonders behandelt wird das Thema „Trauma“, von den Folgen über Symptome bis hin zu Beratung und Therapie. Das Thema „Möglichkeiten der Behandlung von traumatisierten Flüchtlingen im Herkunftsland Türkei“ wird exemplarisch anhand einer Prozessbeobachtung in Izmir von Dr. med. *Nesmil Ghassemlou* behandelt. Anschliessend werden die Voraussetzungen für eine erfolgversprechende Behandlung und die Behandlungsmöglichkeiten erörtert.

Die **64-seitige Publikation (Format DIN A4)** kann in gebundener Form bei uns gegen die Entrichtung eines Betrages von **8,00 Euro (inkl. Versandkosten)** bestellt werden.

Neue Studie AUSLÄNDER IM EIGENEN LAND Die Situation staatenloser Kurden in Syrien

In der Provinz Hasaka wurde 1962 ca. 120.000 Kurden die syrische Staatsangehörigkeit entzogen, sie wurden so zu Staatenlosen, zu Ausländern im eigenen Land.

Die vorliegende Dokumentation beschäftigt sich mit der Situation dieser Bevölkerungsgruppe. Unser Ziel ist es, in einem ersten Schritt sowohl die Hintergründe ihrer Ausbürgerung als auch deren bis in die Gegenwart reichende Folgen darzustellen. Gezeigt wird, dass die Ausbürgerungskampagne von 1962 integraler Bestandteil der allgemeinen Arabisierungsbemühungen der syrischen Regierung gewesen ist und dass die syrische Politik gegenüber den (staatenlosen) Kurden bis in die Gegenwart durch diese Arabisierungslogik geprägt wird.

In einem zweiten Schritt wird aufgezeigt, gegen welche nationalen Gesetze und internationale Abkommen die syrische Praxis gegenüber Staatenlosen verstößt.

Dieser Teil der Studie schließt mit einer Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung der Situation der Staatenlosen, die insbesondere an die syrische Regierung, aber auch an andere internationale Akteure gerichtet sind. Die Situation der aus Syrien stammenden „staatenlosen“ Kurden hat inzwischen auch die deutschen Behörden und Gerichte beschäftigt. Immer mehr dieser Kurden gelingt die Flucht nach Europa und in die Bundesrepublik Deutschland, wo sie, um ihren Aufenthalt hier zu sichern, zumeist Asyl beantragen. Lange Zeit spielte es in den Asylverfahren keine Rolle, ob es sich bei den Asylbewerbern um Kurden mit oder ohne syrische Staatsangehörigkeit handelte. Etwa Anfang 2001 änderte sich jedoch die Rechtsprechung hinsichtlich dieses Personenkreises. Inzwischen werden in Deutschland Asylanträge, die sich darauf stützen, dass man staatenloser Kurde aus Syrien sei, regelmäßig abgelehnt. Da zur Situation staatenloser Kurden kaum Veröffentlichungen in deutscher Sprache vorliegen, hoffen wir mit unserer Dokumentation einen wichtigen Beitrag zu diesem Thema geleistet zu haben. Mit Beiträgen von Eva Savelsberg, Siamend Hajo und Celal Abbas Kömür sowie Johannes Düchting

Zu beziehen über IMK e.V. Preis: 10,- Euro (incl. Versandkosten)

Ankündigung ! Ankündigung ! Ankündigung !

Vom 05. bis 07. Dezember 2003 findet die gemeinsame Wochenendtagung zum Thema „KURDEN an der MACHT im IRAK - Impulse für den Nahen Osten „ statt.

Das gesamte Programm sowie die Anmeldung können Sie entweder über unsere WEB-Seite: www.kurden.de oder über die Evangelische Akademie Bad Boll, 73087 Bad Boll, Tel.: 07164/79-0, Telefax: 07164/79-440. Internet: www.ev-akademie-boll.de herunterladen.

ISSN 1438- 08

Herausgeber: IMK e.V., Postfach 07 38, D-53137 Bonn,

Telefon: + 49 228 362 802,

Fax: + 49 228 363 297, e-mail: IMK-Bonn@t-online.de und imkkurds@aol.com

Besuchen sie auch unsere Website: <http://www.kurden.de>

Verantwortlicher Leiter: Abubekir Saydam

Abonnementbedingungen (pro Jahr):

- Stiftungen, Parteien, Regierungen und internationale Organisationen sowie Gremien: **Euro 92,00**
- Gerichte, Rechtsanwälte, Menschenrechtsorganisationen, Flüchtlingsberatungsstellen: **Euro 46,00**
- Förderabonnement, Einzelpersonen und kleinere Vereine: **Euro 31,00**

Spendenkonto: Volksbank Bonn (BLZ: 380 60 186), Konto-Nr.: 201 246 90 23